



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 10.07.2007

Neue Polizeiuniformen – Farbwechsel ohne Not

GdP: Unsere Kolleginnen und Kollegen votierten mit Mehrheit gegen „blaue Uniformen“

Ohne jede Not und auch ohne vernünftigen Grund hat die Landesregierung der Polizei in Baden-Württemberg einen „Farbwechsel“ verordnet. Die letzten „blauen“ Stadtpolizeien in Baden-Württemberg wurden Anfang der 70iger Jahre in die Landespolizei eingegliedert und damit „grün“. Die Farbe der Landespolizeien in Deutschland war bundeseinheitlich vereinbart bis zum Auftreten eines gewissen Herrn Schill in Hamburg grün. Obwohl seitdem einige andere Länder und der Bund die Farbe der Dienstkleidung und teilweise auch der Streifenfahrzeuge geändert haben, gibt es bis heute dazu keinen Beschluss der Innenministerkonferenz. Die Farbe blau war bis zum Projekt des inzwischen von der Bildfläche verschwundenen Scharfmachers und Innensenators Ronald Barnabas Schill neben der schwarzen Farbe immer mehr zur Erkennbarkeit privater Sicherheitsdienste geworden. Aus der Sicht der Polizei war diese klare Unterscheidung sicher kein Nachteil.

„Da hat sich die „Teppichbodenetage“ der Polizei mal wieder durchgesetzt. Die Bedürfnisse unserer Kolleginnen und Kollegen, die in Dienstkleidung im operativen Dienst arbeiten, blieben wieder einmal unberücksichtigt“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider heute nach der Veröffentlichung einer entsprechenden Kabinettsentscheidung.

Andere Berufsgruppen, die hauptsächlich auf der Straße arbeiten, erscheinen dort auch nicht im „dunklen Anzug“. Es gibt also überhaupt keinen vernünftigen Grund für einen Farbwechsel, einen praktischen schon gar nicht. In einer repräsentativen Umfrage des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg haben sich ca. 70 Prozent der Kolleginnen und Kollegen gegen einen Farbwechsel ausgesprochen.

Während die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die echten Probleme der Polizei löst und ein vorausschauendes Ausbildungs-Programm zur Lösung der Altersstrukturprobleme der Polizei durch KW-Stellen beschlossen hat, lenkt unsere Landesregierung von ihrer eigenen Unfähigkeit einfach ab. Statt die tatsächlichen Probleme der Polizei anzugehen, begibt man sich auf einen „Nebenkriegsschauplatz“ und verordnet der Polizei eine neue Farbe. Und dann behauptet man auch noch, das Ganze würde nichts kosten. Viele der heutigen Polizeibeamtinnen und –beamten haben zumindest einen Wechsel ihrer Dienstkleidung persönlich erlebt. Sie wissen deshalb, dass ein Farbwechsel natürlich Geld kosten wird – möglicherweise auch ihr eigenes Geld. Auch wenn die Polizeibeamtinnen und –beamten jetzt mit ihrem Bekleidungs-geld „zur Kasse gebeten werden“ wird diese Farbumbstellung den Landeshaushalt zusätzlich belasten. Dafür hat die Landesregierung offensichtlich Geld.

Schneider: „Wir sind jetzt mal sehr gespannt, ob die Entscheidung der Landesregierung wenigstens zu einer moderneren, pflegeleichteren Dienstkleidung mit besserem Tragekomfort führen wird, oder ob nicht einfach nur auch optisch eine „Remilitarisierung“ der Polizei das Ziel ist? Silberne Biesen und ähnlichen militärischen Zierrat lehnen wir ab. Eine bürgernahe Polizei braucht keinen militärischen Popanz. Natürlich könnte man die Dienstkleidung im Outfit und in der Qualität noch erheblich verbessern – dazu muss man aber nicht die Farbe wechseln.“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. 0171/4669911